

uralt. Erinnerung sei an die Darstellung der Rede Marc Antons nach der Ermordung Caesars, von Sueton bis Shakespeare, die die Meinung des Mobs völlig zu invertieren vermochte und gar zur Ermordung unschuldiger Dichter anstacheln konnte. Doch gelangte das Konzept der Masse ab dem 19. Jahrhundert zu einer ungekannten Valenz, nicht zuletzt aufgrund seiner symbolischen Relation zur Aufklärung in der Figur der Französischen Revolution. Was Löwenthals Analyse nämlich *zum anderen* zeigt, ist, dass die regulative Idee der Masse als Führerkorrelat das *exakte Gegenteil* des aufklärerischen Ideals von Freiheit und Toleranz darstellt, dessen inhärente Problematik wir oben herausgearbeitet hatten. Die Masse erscheint so als das Andere der Aufklärung: beruht diese auf Freiheit, wird jene durch einen Führer konstituiert; setzt diese Vernunft zum Maßstab, entbehrt jene jeder Rationalität; und steht diese in der formalistischen Idee der universalen Identität als Toleranz jenseits der Identitätslogik antagonistischer Strategie, positioniert sich jene umgekehrt in der Figur parasitärer Produktion von Identitäten aus einer formlosen Masse diesseits dieser Strategie.

## § 15 Hegemonie: Die Gramsci-Linie

Wir waren bereits bei Ortega auf die Figur der Herrschaft als *Vorherrschaft der öffentlichen Meinung* gestoßen. Diese Figur steht in Kontrast zu einer klassischen Perspektive des orthodoxen Marxismus, die man gewöhnlich als ›Überbautheorie‹ bezeichnet. Inwiefern man eine solche Überbautheorie dem Marx'schen Werk entnehmen kann, ist hochgradig umstritten, doch bildete sie einen zentralen Bezugspunkt vieler marxistischer Theorien, wohl nicht zuletzt aufgrund ihrer brisanten Effizienz in der Relativierung der Bedeutung gesellschaftlicher ›Oberflächenphänomene‹. Die orthodoxe Version der Überbautheorie besagt, dass die ökonomische Basis der letztlich bestimmende Faktor des gesellschaftlichen Geschehens sei und nicht etwa die kulturellen Überformungen, die politischen Institutionen oder gar die ideologischen Vorstellungen, die die Menschen sich von den Verhältnissen machten. All diese Phänomene müssten vielmehr als durch die Basis selbst produziert, oder – um in der Bildlichkeit zu bleiben – als ›Überbau‹ auf der Basis betrachtet werden, die jedoch der entscheidende Faktor sei. Im Verständnis dieser Theorie gibt es sehr weitreichende Variationen, insbesondere in Hinblick auf die Frage, welcher Art die Relation von Basis und Überbau sei und ob diese als simple kausale oder dialektische Wechselwirkung, als ›monokausale‹ Determination oder gar als eine Art ›Widerspiegelung‹ verstanden werden müsse. Was jedoch die meisten Lesarten der orthodoxen Überbautheorie gemein haben, ist die Annahme, dass es eben die ökonomische Basis sei, die die politischen Verhältnisse und die Vorstellungen der Menschen bestimme und die zuerst geändert werden müsste, um dann – oder *dadurch* – diese zu ändern. Die Ortega'sche ›Vorherrschaft der öff-

fentlichen Meinung; könnte vor diesem Hintergrund nur noch verstanden werden als Symptom, doch nicht als Ursache der Herrschaft: Herrschaft beruht dann auf den ökonomischen Verhältnissen und die öffentliche Meinung passt sich diesen gewissermaßen – als ihr Überbau – an. Dies ist freilich keineswegs Ortegas Position und seine Konzeption der Masse kollidiert hier mit der Überbautheorie weitgehend – und dies gilt *a fortiori* für die Suggestionenmodelle, die wir kennengelernt hatten.

Eine Aktualisierung der orthodox-marxistischen Theorie von der Produktion des Bewusstseins, die geeignet war, die kollidierenden Modelle der modernen Massentheorien zu integrieren, geht nun auf die Überlegungen Antonio Gramscis aus den frühen 1930er-Jahren zurück und wird seitdem unter der Kategorie der *Hegemonie* verhandelt. Gramscis Überlegungen, die er in Haft niederschrieb, sind vielfältig, kreisen jedoch im Grunde um einen zentralen Sachverhalt ausgehend von der Fragestellung, was letztlich der entscheidende Faktor politischer Macht sei, der darüber entscheide, wann sich die tatsächlichen Verhältnisse ändern und wann eine Revolution gelingen könne. Gramsci beschäftigte sich lange mit dem Phänomen der Stabilität der katholischen Kirche und gelangte von dort aus zu einer These, die der obigen Behauptung Ortegas nicht unähnlich ist: dass stabile, langlebige Machtverhältnisse nur auf einer Vielzahl von institutionellen Überformungen einer zugrundeliegenden »Weltauffassung«<sup>101</sup> beruhen könnten. Diese These verbindet er explizit mit dem Begriff der Masse und er betont zugleich, dass man »durch die eigene Weltauffassung [...] immer zu einer bestimmten Gruppierung [gehöre]«, ja dass man dadurch sogar immer Masse-Mensch sei.<sup>102</sup> Zu politischer Macht kann nur kommen, wer die Unterstützung der Masse hat, und diese kann stabil nur besitzen, wem es gelingt, eine bestimmte Weltauffassung – die darin Ortegas Herrschaft der öffentlichen Meinung strukturanalog ist – sehr weitgehend zu etablieren und institutionell zu überformen und diese Vorherrschaft einer bestimmten Weltauffassung nennt Gramsci Hegemonie.

Es ist nun zunächst interessant, Gramscis Begriff der Masse mit den aus dem vorherigen Paragraphen bekannten Charakteristika der modernen Massentheorien zu vergleichen. Zunächst fällt dabei auf, dass Gramsci auch darin näher an Ortega als an Le Bon ist, dass für ihn die Masse durchaus nicht von Unvernunft bestimmt ist. Vielmehr betont Gramsci wiederholt, dass im Grunde »alle Menschen Philosophen sind, sei es auch auf ihre Weise, unbewußt«<sup>103</sup> oder auch dass alle Menschen Intellektuelle seien.<sup>104</sup> Er operiert dabei mit einer Unterscheidung zwischen dem Intellektuellem überhaupt und dem gewissermaßen »berufsmäßigen« Intellektuellen, dessen »Funktion«<sup>105</sup> dies auch in der Gesellschaft ist. Gramsci ist weit davon entfernt, die Massen als ein Amalgam von Unvernunft zu konzipieren, vielmehr stellt er heraus, dass bereits in der Sprache und in dem Wissen, das in die alltäglichen Aufgaben des Menschen einfließt, »eine gewisse Anzahl von Qualifikationen intellektueller Art«<sup>106</sup> vorhanden seien und darauf beruht letztlich auch der Hegemoniegedanke. Anders als die simpleren Massentheorien begreift

er die Masse als intellektuell durchwirkt und dies hat Auswirkungen auf die Suggestibilität der Masse. Gramsci ist durchaus der Ansicht, dass es möglich – und sogar wünschenswert – ist, die Massen so zu beeinflussen, dass sie eine bestimmte Weltauffassung übernehmen. Die Dualität der hierfür notwendigen Taktik ist dabei durchaus bemerkenswert:

»1. niemals müde zu werden, die eigenen Argumente zu wiederholen [...]: die Wiederholung ist das wirksamste didaktische Mittel, um auf die Mentalität des Volkes einzuwirken; 2. unablässig daran zu arbeiten, immer breitere Volksschichten intellektuell zu heben, das heißt dem amorphen Massenelement Persönlichkeit zu geben.«<sup>107</sup>

Das Element der Wiederholung der eigenen Argumente kann dabei noch als ein suggestives Einhämmern erscheinen, das »auf die Mentalität des Volkes [einwirkt]«, doch zeigt das zweite Element, dass Gramsci das Suggestionselement letztlich völlig umkehrt: es ist gerade die intellektuelle Kapazität des Volkes, die es ermöglicht, eine Weltauffassung in diesem zu verankern und sich somit seine Loyalität zu sichern. Dies hat zur Konsequenz, dass »es zu einer derartigen Konstruktion von Masse nicht ›willkürlich‹, um eine beliebige Ideologie herum, kommen kann, durch den formal konstruktiven Willen einer Persönlichkeit [...] Die Massenzustimmung zu einer Ideologie oder die Nichtzustimmung ist die Weise, in der die wirkliche Kritik der Rationalität und Geschichtlichkeit der Denkweisen stattfindet.«<sup>108</sup> Weiter kann eine Massentheorie sich nicht mehr vom Freud'schen Schema entfernen. Hatte bei Freud die Bildung der Masse als solcher noch auf der die Vernunft suspendierenden Bindung an einen Führer beruht, entsteht bei Gramsci die Bindung der Masse nur durch die hegemoniale Stellung einer Weltauffassung durch eine möglichst große ›intellektuelle‹ Gruppe, die durch eine irrationale Ideologie nie erreicht werden kann. Die Beeinflussbarkeit der Masse beruht damit geradezu auf ihrer *Vernunft* statt auf ihrer irrationalen Suggestibilität. Diese völlige Verkehrung der klassischen Massentheorien ist in ihrer Konsequenz durchaus bahnbrechend.

In Kontrast zu den marxistischen Ideologietheorien tritt Gramscis Hegemoniekonzeption nun insofern, als sie ein reines Überbauphänomen ist und keineswegs auf ›falschem Bewusstsein‹ und einer rein ökonomischen Basis beruht. Hatte der orthodoxe Marxismus noch angenommen, dass die bewussten Überbauphänomene letztlich auf der ökonomischen Basis beruhten und in der Vorstellung ihrer eigenen Autonomie falsches Bewusstsein waren, verortet Gramsci die Ursachen der Macht einer Gruppe *gerade in* den Überbauphänomenen. Dies hat freilich weitreichende Konsequenzen für die marxistische Taktik: will man die Verhältnisse ändern, kann es nicht das Ziel sein, schlicht die ökonomischen Gegebenheiten durch Expropriation der Expropriateure zu verändern, vielmehr muss jede Veränderung darauf beruhen, eine möglichst breite Volksguppe intellektuell auf eine Weise zu organisieren,

dass deren alltägliche Rationalität zur Unterstützung herangezogen werden kann. Eine solche Veränderung kann offenkundig nicht durch eine plötzliche Revolution geschehen, sondern muss sich in einer langsamen Konversion der allgemeinen Weltauffassung vollziehen. Die Arbeit an dieser Konversion nennt Gramsci martialisches einen *Stellungskrieg*.

Sucht man Gramscis Grundgedanken, so stößt man auf die Voraussetzung der hegemonialen Stellung einer bestimmten Weltauffassung in der Begründung jeder Gesellschaftsstruktur und auf die Einsicht, dass sich solch eine Stellung nur auf der *Rationalität* der Massen aufbauen lässt. Dieser theoretische Kunstgriff integriert die durchaus unplausiblen Annahmen der Suggestionstheorie der Massen einerseits und der Überbauthorien andererseits, die beide auf einer starken Irrationalitätsannahme beruhten, zu einem theoretisch verbesserten Modell, das sicherlich Aspekte der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erfassen ermöglicht, die in beiden Vorgängern ungreifbar geblieben waren.

Wiederaufgegriffen für die marxistische Theoriebildung wurden Gramscis Überlegungen prominent durch Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in ihrem gemeinsamen Werk *Hegemonie und radikale Demokratie*, das zuerst 1985 erschien und einen Meilenstein in dieser Theorielinie darstellte. Was Laclau und Mouffe besonders hervorhoben, war – bei allem affirmativen Anschluss an Gramsci –, dass Gramscis Konzept der Hegemonie eines ›historischen Blocks‹ ein essentialistisches Residuum aufweise, da es letztlich weiterhin auf die ökonomische Identität der Arbeiterklasse rekurriere und der Klassencharakter als Prinzip sozialer Ordnung somit »nicht das kontingente Resultat eines hegemonialen Kampfes, sondern der notwendige strukturelle Rahmen für jeden Kampf«<sup>109</sup> sei. Die durch Gramsci begonnene Entessentialisierung – oder, wie der Untertitel des Werkes nahelegt: »Dekonstruktion« – des Marxismus habe dieser schlicht nicht weit genug getrieben, da er trotz aller Hervorhebung der Notwendigkeit überbaulicher Organisation letztlich die Geschichte weiterhin traditionsgemäß als einen Kampf auf ökonomischer Grundlage begriffen habe.

Laclau und Mouffe stellen dagegen ihr Konzept einer ›radikalen Demokratie‹, das man als konsequente Fortführung des Gramscianischen Projekts begreifen kann, das die ubiquitäre Möglichkeit der Strategie des FMKs anerkennt und darauf reagiert. Letzterer Umstand wird in *Hegemonie und radikale Demokratie* hauptsächlich in Rekursen auf die Foucault'sche Diskursanalyse klar, wird jedoch in Laclaus späterer theoretischer Arbeit an Schärfe gewinnen. Vor dem Hintergrund des oben beobachteten Umstands, dass die Hegemonie-Theorie letztlich auf der Kategorie der Masse beruht, scheint es wenig überraschend, dass Laclau wie Mouffe sich intensiv mit dem Phänomen des *Populismus* beschäftigt haben. Laclaus Werk *On populist reason* von 2005 stellt eine sehr stringente theoretische Fortführung der Hegemonie-Theorie dar, die zugleich den Anspruch erhebt, die modernen Populismen kategorial fassbar zu machen.

Bereits die Ebene, auf der Laclaus Theorie ansetzt, macht dabei klar, dass die ›dekonstruktive‹ Basis hier noch verschärft wird. Laclau zentriert erneut die Kategorie des Diskurses und beruft sich dann auf das Saussure'sche Theorem von der differentiellen Bedeutung des Signifikanten, das er auf die Logik von ›demands‹ ausweitet. So wie nun Signifikanten ihre Bedeutung nur durch ihre Differenz zu anderen Signifikanten erhalten, gilt dies dann auch für ein Geflecht von *demands*. Man kann dem Sinn abgewinnen, wenn man an die Strategie des FMK erinnert, die zeigte, dass jede formale Strukturierung stets transzendiert werden kann, sodass es plausibel erscheint, auch die formale Struktur eines Geflechts von *demands* als eine partikulare Ausprägung aufzufassen, die historisch kontingent und damit prinzipiell transzendierbar ist. Um an ein bereits diskutiertes Beispiel anzuschließen, erfordert die Forderung nach einer ›Gleichberechtigung der Frau‹ bereits die Existenz zweier – und exakt zweier – Geschlechter, was, wie wir sahen, selbst einen transzendierbaren formalen Rahmen darstellt. Diese differenzielle Struktur aller denkbaren *demands* bilden einen Diskursrahmen. Laclaus erster Schritt in der Herleitung des Populismus besteht nun in der Erinnerung an die Gramscianische Beobachtung, dass jede Bewegung versuchen muss, unterschiedliche *demands* zu koordinieren, um Loyalitäten zu gewinnen. Die Konstitution eines populistischen ›Volkes‹ – eines *populus* – erfordert, dass bestehende *demands* in einer Weise miteinander verbunden werden, die es ermöglicht, eine Grenzlinie zwischen dem Volk und den Anderen, zwischen ›uns‹ und ›denen‹ zu ziehen. Das Argument, das Laclau nun zu führen versucht, ist ein logisches: wenn nämlich jeder *demand* seine bloße Identität nur differentiell zu *allen anderen* *demands* erhält, so muss, wenn eine ›Äquivalenz‹ zwischen einer Gruppe von *demands* hergestellt werden soll, die deren Vertreter zu einem gemeinsamen Subjekt zusammenbinden kann, diese Äquivalenz durch einen Signifikanten bezeichnet werden, der nicht selbst schon Bestandteil des differentiellen Diskursrahmens ist: wenn jeder Signifikant durch sein differentielles Funktionieren bereits eine Referenz auf alle anderen Signifikanten mit sich trägt, so darf der Signifikant, der geeignet ist, eine Gruppe von Signifikanten gegen ›etwas anderes‹, gegen ein ›Außen‹ abzugrenzen und damit eine völlig neue Differenz zu konstituieren, selbst nicht einfach ein Glied der Kette sein. Auf die Kategorie der *demands* übertragen, meint dies: wenn eine Gruppe völlig verschiedener *demands* zu einer Allianz verarbeitet werden sollen, kann diese Allianz nicht durch einen bestimmten dieser partikularen *demands* zusammengehalten werden. Um ein Beispiel aus *Hegemonie und radikale Demokratie* zu verwenden: wenn eine Allianz von Anti-Sexismus und Anti-Kapitalismus organisiert werden soll, so kann dies schwerlich im Namen eines der beiden geschehen, da sie schlicht nichts miteinander zu tun haben. Laclaus Lösung für dieses logische Problem besteht in dem Postulat sogenannter ›leerer Signifikanten‹: wenn es gelingt, einen Signifikanten zu generieren, der die Differenz zwischen einer Allianz von *demands* und den ›Anderen‹ bezeichnet, so kann dieser keinen konkreten Inhalt innerhalb der existierenden differentiellen Struktur haben. Laclau ver-

weist auf das Beispiel des Begriffes ›Gerechtigkeit‹.<sup>110</sup> die Forderung nach Gerechtigkeit ist schwer mit einem materialen Gehalt zu versehen, vielmehr organisiert sie – als ›leerer Signifikant‹ – eine Allianz von *demands*, die gegen verschiedene ›Un Gerechtigkeiten‹ gerichtet sind. Laclau betont dabei, dass es sich hier nicht um einen *abstrakten* Begriff handle, weil er nicht die *Gemeinsamkeiten* der verschiedenen *demands* organisiere. Eine populistische Bewegung, die sich nur auf den gemeinsamen Kern aller miteinander in Äquivalenz gesetzten Forderungen, begründete, hätte sehr wahrscheinlich keinen Gehalt mehr. Vielmehr *produziere* der leere Signifikant die Äquivalenz. Man kann dies nachvollziehen: die heutigen Populismen sind bekannt als Sammelbecken so heterogener politischer und sozialer Forderungen, dass bisweilen unter einem Banner sich miteinander völlig unvereinbare Ideen zusammenscharen scheinen. Damit dies möglich ist, darf dieses Banner keine konkrete Signifikanz, keinen materiellen Inhalt besitzen. Folgt man Laclau, so ist die völlige Inhaltsleere populistischer Schlagworte geradezu deren Wesen, das es einer populistischen Bewegung erst ermöglicht, eine Frontlinie zu bilden, die die Forderungen ganz unterschiedlicher Fraktionen zu denen eines ›Volkes‹ zusammenschließt, was Laclau als die Bildung einer Kette von Äquivalenzen bezeichnet. Daraus ergibt sich eine weitere interessante Konsequenz: wenn dieser organisierende Signifikant ›leer‹ ist, so kann er – als »failed totality«<sup>111</sup> – auch nie ›erreicht‹ werden: es ließe sich nie ein Kriterium angeben, anhand dessen sich entscheiden ließe, ob die Ziele einer populistischen Bewegung bereits erreicht worden sind, zumal ja, wie Laclau hervorhebt, die zu einer Äquivalenz-Kette organisierten *demands* sehr wahrscheinlich nicht alle in gleichem Maße verwirklicht werden können, was auch zu einer Spannung innerhalb des konstituierten ›Volkes‹ führen kann.<sup>112</sup>

Was Laclau so als das Wesen des Populismus beschreibt, lässt sich fassen als die *Produktion eines Antagonismus*. Laclau hebt hervor, dass – anders als in den Freund-Feind-Theorien der 20er-Jahre – »the resistance of the antagonized force cannot be logically derived from the form of the antagonizing one«.<sup>113</sup> Wer die Antagonisten einer antagonistischen Auseinandersetzung sein werden, lässt sich nicht anhand ihrer vorgängigen Identitäten voraussagen – vielmehr sind diese Identitäten selbst das Resultat einer signifikanten Operation, die geeignet ist, eine antagonistische Situation entlang der Grenzen eines *leeren* Signifikanten zu schaffen. Dies radikalisiert die Gramscianische Hegemonie insofern, als das von Laclau und Mouffe beklagte ökonomische Residuum hier völlig zu Gunsten einer eigengesetzlichen signifikanten Praxis beseitigt wird, und trägt der Strategie des FMK insofern Rechnung, als Laclau den konstituierten Antagonismus von vornherein auf einen ›leeren‹ und sogar ›flottierenden‹ – d. i. in einem ständigen Verschiebungsprozess sich befindlichen – Signifikanten basiert.

Der Ortega-Gramscianische Vorbehalt der Rationalität der Massen erfährt dabei eine Neuinterpretation. Laclau hebt hervor, dass die meisten Theorien des Populismus diesem Vagheit zuschreiben und ihn als ›bloße Rhetorik‹ gegen die Logik ratio-

nalener Agenten stellen.<sup>114</sup> Laclau begegnet diesem Vorwurf mittels einer logischen Inversion: die Vagheit des Populismus könnte sich als eine Konsequenz der Vagheit der sozialen Realität<sup>115</sup> herausstellen und ebenso könnte sich erweisen, dass »the field of logic fails to constitute itself as a closed order, and rhetorical devices are necessary to bring about that closure«. <sup>116</sup> Der Populismus wäre damit weit entfernt davon, eine Verfallsform sozialer Auseinandersetzung zu sein, vielmehr machte er deren genuine Wirkmechanismen nur explizit. Die ›Vereinfachungen‹ des Populismus, argumentiert Laclau, seien notwendige Voraussetzung jeder politischen Handlung. Die klassische Vorstellung von den logisch-rationalen Agenten, die der aufklärerisch-demokratische Gedanke implizit oder explizit stets voraussetzte, wird damit sehr weitgehend in Frage gestellt, und diese Rationalität wird rekonzeptualisiert als Auswirkung hegemonialer Operationen, als deren Wirkprinzip sich emblematisch der ›leere Signifikant‹ begreifen lässt.

Diese Modifikation resultiert schwerlich überraschend darin, dass Laclau in seiner Herleitung des Populismus nicht auf Ortega, sondern auf Freud rekurriert – und dabei theoretische Purzelbäume schlägt, um zu zeigen, dass sich die Freud'sche Masse auch ohne Führer denken lässt, da bereits Freud erwähnt hatte, dass die Masse ›auf der Suche nach‹ einem Führer oft bereits mit jemandem zufrieden sei, der die *eigenen* Qualitäten in besonders prägnanter Ausprägung besitze, woraus Laclau die Möglichkeit eines *primus inter pares* ableitet.<sup>117</sup> Ebenso wenig überraschend füttert Laclau die signifikante Ebene mit einem prinzipiellen *affektiven* Bestandteil an, den er vorgibt Saussure zu entnehmen,<sup>118</sup> der sich aber letztlich in seiner Darstellung Saussures erneut erst durch Rekurs auf Freud seine psychoanalytisch-unbewusste Ebene erheischt.<sup>119</sup>

Chantal Mouffe ihrerseits hat nachfolgend vornehmlich die Kategorie der »radikalen Negativität«<sup>120</sup> betont und ist nicht müde geworden, nahezu jedem lebenden Sozialtheoretiker vorzuhalten, er habe das Wesen des Politischen nicht verstanden. Sie schließt an Laclaus These an, dass die beiden antagonistischen Pole nicht »demselben Repräsentationsraum an[gehören]«, <sup>121</sup> was wir oben in Form der These kennengelernt hatten, dass der organisierende leere Signifikant nichts als das ›Außen‹ bezeichne. Daraus folgt nun, dass die »Auseinandersetzung zwischen miteinander im Widerspruch stehenden hegemonialen Projekten, die darauf abzielen, ihre jeweilige Sichtweise des Gemeinwohls als die ›wahre‹ Inkarnation des Universellen darzustellen, [...] niemals enden [wird]«. <sup>122</sup> Man kann die zugrundeliegende These der ›radikalen Negativität‹, die sich bei Laclau in der Form findet, dass »there is no totalization without exclusion«, <sup>123</sup> als eine Rekapitulation des uns bereits bekannten Arguments gegen jede universale Identität lesen: diese könnte sich nicht konstituieren, weil sie sich von nichts *anderem* unterschiede. Jedes ›hegemoniale Projekt‹ und jede *totalization* in Form einer Konstitution eines Volkes beruht auf der Differenzierung zu einem Anderen und kann daher nie zu einer Universalität gelangen, die den Antagonismus beseitigen könnte.

Daraus folgt für Mouffe nun die Notwendigkeit, diesen essentiellen Antagonismus nicht in offene Feindschaft umschlagen zu lassen, sondern in so geregelte Bahnen zu lenken, dass ein zivilisierter ›Wettkampf‹ zwischen den verschiedenen Positionen möglich bleibt, den sie ›Agonismus‹<sup>124</sup> nennt. Nur so könne ›die für jedwede Politik konstitutive Unterscheidung zwischen ›uns‹ und ›denen‹ so gestaltet werden [...], dass sie mit der Anerkennung des Pluralismus vereinbar ist.‹<sup>125</sup>

Weiterhin hat Mouffe vorgeschlagen, aus der Irreduzibilität der antagonistischen Situation die Konsequenzen zu ziehen und den aktuellen ›populistischen Moment‹ produktiv zur Bildung einer linkspopulistischen Allianz zu nutzen, der sich den Thatcherismus zum Beispiel nehmen könnte,<sup>126</sup> um ›eine Mehrheit des Volkes hinter sich zu scharen, um an die Macht zu kommen und eine progressive Hegemonie aufzubauen.‹<sup>127</sup> Der Ansatz ist freilich nach der Rekonzeptualisierung der rationalen Komponente der Massenidee und dem Postulat der prinzipiellen Unendlichkeit antagonistischer Situationen aufgrund der ontologischen Dimension radikaler Negativität und insbesondere nach der Konzeptualisierung der *Produzierbarkeit* antagonistischer Pole durch Äquivalenzketten nur konsequent, wiewohl der zynische Klang abzuschrecken vermag.

Freilich mag es sein, dass diese Strategie der Zeit nur angemessen ist. Colin Crouch hat in einer bekannten Arbeit postuliert, der »demokratische Moment« sei längst vorbei – tatsächlich habe er wohl in der Mitte des 20. Jahrhunderts stattgefunden, und wir befänden uns heute bereits im Stadium der *Post-Demokratie*. Crouch's Analysen sind sicherlich nachvollziehbar und beschreiben, was sich in jedem Wahlkampf derzeit besonders prägnant beobachten lässt und dem Beobachter stets ein unheimliches Gefühl einflößt. Nach dem Verschwinden der herkömmlichen Milieus – in Crouch's Darstellung insbesondere der traditionellen Arbeiterklasse – ähneln politische Parteien und deren Vertreter immer stärker Verkäufern: »more resembling shopkeepers than rulers, anxiously seeking to discover what their ›customers‹ want in order to stay in business.«<sup>128</sup> Da die Forderungen der Wählerschaft nicht mehr durch die jeweiligen Milieus stabilisiert werden, sind sie sehr viel variabler und zugleich schwerer zu beobachten, was dazu führt, dass politische Parteien zu Mitteln der *Marktforschung* greifen, um ihr Wahlprogramm an die Wünsche der Wähler anzupassen. Eine klassische Vorstellung der Demokratie wird dabei invertiert: die Parteien entstehen nicht mehr als »parliamentary arm«<sup>129</sup> einer sozialen Bewegung, als Repräsentation einer bereits existierenden sozialen Gruppe, die deren Interessen vertritt, sondern sie existiert vielmehr vorgängig und sucht sich eine Wählerschaft. Crouch betont, dass diese post-demokratische Politik durchaus nicht anti-demokratisch ist, es aber zur selben Zeit schwierig sei, sie überhaupt als Demokratie zu bezeichnen, »because so many citizens have been reduced to the role of manipulated, passive, rare participants.«<sup>130</sup>

Man kann sich nun durchaus fragen, ob nicht die Idee der Demokratie in gewisser Weise all diese Konsequenzen immer bereits in sich trug. Sie beruhte in ih-

rer aufklärerischen Form auf einem Bild freier und rationaler Individuen, die wenn nicht zu einem Konsens, dann doch zu einem Kompromiss gelangen wollten. Ob nun aber in der Geschichte der Demokratie alle wahlberechtigten Individuen stets alle Fragestellungen, über die sie abstimmen durften, überhaupt *verstanden* und in ihren Implikationen durchdrungen hatten, darf man getrost in Frage stellen. Stabilisierend wirkte sich die Existenz sozialer Milieus aus, die zwar nicht zwangsläufig das Verständnis oder die Rationalität der Individuen mehrten, jedoch imstande waren, sie darüber zu informieren, welche Haltungen zu konkreten politischen Fragen von ihnen erwartet wurden. Gramsci beschrieb dieses Phänomen einmal als eines von Komplexitätsreduktion via Delegation: man könne ja nicht von jedem Einzelnen erwarten, seine politische Meinung auch vertreten zu können, es sei genug zu wissen, dass es jemanden innerhalb seiner Gruppe gebe, der es könne.<sup>131</sup> Nun entfällt jedoch dieser Stabilisierungsmechanismus mit dem Verschwinden traditioneller Milieus im selben Maße, in dem die Fluktuation sozialer Identitäten zunimmt. Darauf antworten die heutigen ›Volksparteien‹ dadurch, dass sie die Forderungen nahezu beliebiger Wählergruppen in ihr Profil inkorporieren, um anderen Parteien keinen *unique selling point* zu überlassen. Die Wähler geraten dabei, wie Crouch zutreffend festgestellt hat, immer mehr in die Rolle der manipulierbaren und manipulierten *Masse*, die die Massentheorien des 20. Jahrhunderts noch für eine Verfallserscheinung der Öffentlichkeit gehalten hatten. In vieler Hinsicht erscheint jedoch zugleich diese ›Post-Demokratie‹ als die reinste Form von Demokratie, die es bislang gegeben hat, da sie tatsächlich die individuelle Meinungsbildung jedes Einzelnen verlangt und nicht eine repräsentative Form eines Konfliktes sozialer Gruppen darstellt. Sie stößt dabei auf das Problem aller Aufklärung: die Rationalität freier Individuen kann nicht produziert werden – und dies legt im Umkehrschluss die Konzeption der parasitären Strategie nahe, dann lieber die Rationalität der Effizienz zu opfern, und die Menschen, wenn man sie schon logisch nicht zum freien Denken erziehen kann, sie dann wenigstens zum ›richtigen‹ Denken zu erziehen.

## § 16 Kommunikationsguerilla

Die Strategie der Produktion antagonistischer Pole beruht nicht zuletzt auf der – sicher nicht völlig kontrafaktischen – Beobachtung, dass taktisch geschickte Kommunikationsakte geeignet sind, die Meinung der Kommunikationspartner zu beeinflussen. Die alltäglichsten Instanzen solcher taktischen Kommunikation nennt man *Werbung*, doch existieren unzählige weitere solcher Taktiken. Deren Kanäle wiederum nennt man *Medien* und bekanntlich haben diese in den letzten hundert Jahren eine Vervielfältigung erfahren, die sich zu keinem Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte irgendetwas auch nur hätte erträumen können.